

der anderen Seite konstatierte der Referent einen kontinuierlichen Bedeutungszuwachs der Gerichte und zwar auch und gerade im Arbeitsrecht (nicht nur im Wirtschaftsrecht). Es gebe zwar Diskussionsansätze zu einem Konzept der Gewaltenteilung. Auch Schritte zu einem ordnungsgemäßen Enteignungsverfahren seien erkennbar. Der Referent kritisierte allerdings den Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog. Er bedauerte, dass die wesentlichen Themen des Dialogs von der offiziellen chinesischen Seite bestimmt würden. Aus ihm völlig unverständlichen Gründen sei eines dieser prioritären Themen das "Notstandsrecht" gewesen. Wenn solche Themen künftig in dieser Weise diskutiert würden, könne man auch auf den Dialog verzichten. Hinzu käme, dass bei dem Dialog die Medien und z.B. auch die Rechtsstudenten nicht wesentlich beteiligt seien. Anwesend seien überwiegend nur juristische Akademiker, "also Kollegen". Diese würden die angesprochenen Fragen ohnehin meistens bestens kennen, sodass der Dialog kein wirklicher Länderdialog, sondern ein akademischer Dialog und zwar begrenzt auf bestimmte Themen sei. Andererseits befürwortete er eine Fortsetzung des bisherigen Projekts, weil dies immerhin ein "gewisser Anfang" in der Kommunikation beider Länder zu Thema Justiz und Recht sei.

Die Referate von Sausmikat, Möller sowie Chu berührten das Thema Recht und Gesellschaft nur am Rande. Tatsächlich aber stand im Zentrum der gesamten Tagung (trotz einer Minderheitenrolle von Juristen sowohl unter den Referenten wie auch unter den Tagungsteilnehmern) die Zukunft des chinesischen Rechts. Dass auf dem Weg zum "Rule of Law" erhebliche Fortschritte gemacht worden sind und weiter zu erwarten sind, war unstrittig. Andererseits lehnten zahlreiche Tagungsteilnehmer und auch Referenten den Vergleich mit der Vergangenheit ab und forderten den Vergleich mit international anerkannten Menschenrechtsstandards. Dass in diesen Bereichen die Fortschritte allerdings als marginal zu bezeichnen sind (gewerkschaftliche Grundfreiheiten, Demonstrationsrecht, Grundrechte von Minderheiten) war unter den Tagungsteilnehmern ebenfalls unstrittig. Der Referent Chu aus Shanghai vertrat die Auffassung, dass richtungsweisende Debatten eigentlich nur unter chinesischen Intellektuellen erkennbar seien. Er selbst sprach diesen Intellektuellen jedoch nur einen geringen Einfluss auf die Politik zu.

Die Tagung zeichnete sich – wie erwartet – nicht nur durch ein besonders hohes Niveau der Referate und der anschließenden Diskussion aus, sondern – leider – auch durch eine hohes Maß an "Diskussionsdichte". Die Tatsache, dass Referate und Diskussionen noch spät abends angesetzt waren und an der Tagung immerhin bis zu 100 (!) Teilnehmer mitwirkten, verdeutlicht die hohen Anforderungen, die derart "komprimierte" Tagungen an Referenten und Teilnehmer stellen. Nicht alle Referenten wurden diesen Anforderungen in didaktischer Hinsicht gerecht. Aufgrund der Referatsdichte konnten aber alle Teilnehmer einen erheblichen Erkenntnisgewinn, insbesondere auch über die Zukunft des chinesischen Rechts verzeichnen.

Rolf Geffken

Environment and Science – Concepts and Strategic Goals for the Future – eine Präsentation deutscher Umweltforschung in Japan

Tokyo, 9.-11.4.2005

Vom 9.-11.4.2005 fand in Tokyo o.a. Kongress als eine der Auftaktveranstaltungen der so genannten "Wissenschaftssäule" im Rahmen des Deutschlandjahrs statt. Konzipiert und in Zusammenarbeit mit der Außenstelle des DAAD in Tokyo und dem Universitätszentrum für Umweltwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg organisiert von den Professoren Peter Wycisk (Geologie) und Gesine Foljanty-Jost (Japanologie) von der

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg war Ziel dieser Konferenz, deutsche Umweltforschung in ihrer ganzen Breite in Japan zu präsentieren und Wege zu neuen Wissenschaftskooperationen zu eröffnen.

Das Programm

In den zwei Tagen der Konferenz, deren Bedeutung für das Deutschlandjahr durch die Begrüßungsworte des deutschen Botschafters in Japan, des Präsidenten der DFG, des Vizepräsidenten des DAAD, des Präsidenten der JSPS sowie der Generalsekretärin des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin unterstrichen wurde, stellten führende Umweltwissenschaftler aus den Bereichen Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft, Geowissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Physik und Chemie ihre Forschungsergebnisse vor.

Den Auftakt machten Keynotes der Professoren Hartmut Grassl (Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg) und Ernst Ulrich von Weizsäcker (MdB). Von Weizsäcker formulierte die zwei zentralen Leitgedanken der Konferenz angesichts der sich abzeichnenden Klimakatastrophe: Energieeinsparungen und eine radikale Erhöhung der Effizienz von Ressourcennutzung sind der unverzichtbare Weg, der vor allem von allen Industrieländern beschritten werden muss, um das Kyoto-Protokoll erfolgreich umsetzen zu können.

Effizienzsteigerung in Produktion und Konsum, Verlängerung von Produktlebenszyklen sowie neue Technologien im Bereich der Produktion und Nutzung von Energie waren denn auch die Themen, die sich als roter Faden durch die Sektionen "Environmental Policies and Ecological Modernisation", "Resource Protection and Recycling Management", "Environmental Economy and Sustainable Companies", "Law and Collective Goods", "Environmental Assessment" und "Technical Innovations and Concepts" zogen. In jeder Sektion wurde der deutsch-japanische Dialog durch einen Kommentar eines japanischen Kollegen eingeleitet, der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen aktuellen Forschungsthemen und umweltpolitischen Optionen deutlich machte.

So zeigten sich Unterschiede weniger im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften als vielmehr in politischen Strategien der Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Diese standen im Mittelpunkt der abschließenden Podiumsdiskussion. Ausgerichtet vom Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin und moderiert von Gesine Foljanty-Jost (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) diskutierten Martin Jänicke (FU Berlin), Fritz Vahrenholt (RE Power Systems AG), Shinichi Imai (Matsushita Electric Industrial Co.), Itaru Yasui (United Nations University) und Tetsuro Fukuyama (Democratic Party) aktuelle Aufgaben sowie zukünftige Perspektiven deutsch-japanischer Zusammenarbeit.

Ergebnisse

Deutschland und Japan haben ähnliche Ausgangsbedingungen im Hinblick auf die anstehende Umsetzung des Kyoto-Protokolls: Beide Länder sind stark exportorientiert, sie sind abhängig von Rohstoffimporten und gelten weltweit als technologische Trendsetter. Hieraus ergeben sich vergleichbare Aufgaben und Anforderungen: Beide Länder sind gefordert, ihre Rohstoffabhängigkeit durch eine radikale Erhöhung der Ressourceneffizienz sowie Energieeinsparungen zu reduzieren. Unterschiede ergaben sich indessen in der Frage der Umsetzungsstrategien. Anders als in Deutschland existiert in Japan nach wie vor keine Ökosteuer. Nachdem erst jüngst ein Vorstoß der Opposition gescheitert ist, wird eine Einführung in den nächsten Jahren als unwahrscheinlich eingestuft. Als eine Ursache hierfür war auch in Einzelbeiträgen japanischer Kollegen auf mangelnde Politikintegration und Zersplitterung der für Umweltfragen zuständigen Ministerien hingewiesen worden. Die Initiative für eine Erhöhung von Energieeffizienz liegt in Japan – politisch gewollt – weitaus stärker bei der Industrie als in Deutschland.

Während aus deutscher Perspektive der Nationalstaat gefordert ist, weiter gehende konsistente Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft zu formulieren, geht die neuere japanische Diskussion von einer Relativierung des Staates und einer "Partnerschaft" von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus. Insbesondere Letzterem kommt aus Sicht der japanischen Industrie eine besondere Rolle zu, da – so das Argument – die technologischen Grenzen von Energieeinsparpotenzialen bei Elektrogeräten in vielen Fällen bereits erreicht sind und Fortschritte nur noch durch eine radikale Veränderung von Konsumgewohnheiten und Lebensstil erzielt werden könnten.

Perspektiven deutsch-japanischer Kooperation

Kooperation zwischen Deutschland und Japan in der Umweltpolitik geht bereits auf die frühen 1980er-Jahre zurück, als Japan in Deutschland als Vorreiter in der Luftreinhaltung diskutiert wurde. Die Umdrehung des Verursacherprinzips, die Abgabe auf Schwefeldioxidemissionen und das Kompensationssystem für umweltbedingte Gesundheitsschäden galt damals als innovativ. Seit der Konferenz von Rio im Jahre 1992 wird deutsche Umweltpolitik in Japan als vorbildhaft rezipiert. Vor allem die Abfallwirtschaft, das Duale System und die Ökosteuer haben die japanische Diskussion der letzten Dekade stark beeinflusst.

Lernen voneinander findet also seit langem statt, beim Aufbau von direkter Kooperation hat sich allerdings die Sprach- und Kulturbarriere immer wieder als große Herausforderung dargestellt. In der aktuellen Situation, in der beide Länder mit der Umsetzung des Kyoto-Protokolls gefordert sind, sollten – so die Einschätzung der Panelisten – Deutschland und Japan als technologische Leitnationen ihre ökologische Pionierrolle ausbauen. Insbesondere sollten Deutschland und Japan im Technologietransfer nach China und Indien eine zentrale Rolle übernehmen und die dortige wirtschaftliche Entwicklung mit ökologischem Know-how unterstützen. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass neben gemeinsamen Forschungsprojekten beispielsweise in den Bereichen Umwelterziehung, Umweltbewusstsein und Konsumverhalten, Materialwissenschaften, Risk-Management und Umweltinformationssystemen, zukünftig vor allem Zusammenarbeit im Bereich der Forschungsvernetzung von Nachwuchswissenschaftlern gefördert werden sollte.

Die diesbezüglichen neuen Programminitiativen der DFG/JSPPS und des DAAD, die anlässlich der Konferenz bekannt gegeben wurden, wurden in diesem Zusammenhang ausdrücklich gewürdigt. Ein erster Schritt in diese Richtung konnte mit einem Workshop für deutsche und japanische Nachwuchswissenschaftler gemacht werden, der im Anschluss an den Kongress durchgeführt wurde. Zehn deutsche Doktoranden und Postdocs aus unterschiedlichen Disziplinen und Universitäten stellten ihren japanischen Kollegen und Kolleginnen aktuelle Dissertations- und Forschungsvorhaben vor. Auch hier erwies sich die Zusammenführung von naturwissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Projekten als außerordentlich produktiv, wenngleich auch hier deutlich wurde, dass die Überwindung von Sprachbarrieren und unterschiedliche Wissenschafts- und Ausbildungskulturen auch weiterhin eine Aufgabe für die ausbildenden HochschullehrerInnen in beiden Ländern sein werden.

Zusammenfassend zeigte die Konferenz und das Presseecho, dass deutsche Umweltforschung und Umweltpolitik nicht nur auf großes Interesse in Japan stoßen und in vieler Hinsicht als richtungweisend gelten, sondern dass ein großes Potenzial für gemeinsame Forschung und Austausch besteht. Die Entscheidung, das Thema Umweltschutz und Umweltpolitik zu einem Schwerpunkt im Deutschlandjahr in Japan zu machen, hat sich bereits nach dieser Auftaktveranstaltung als richtig erwiesen.